

PRESSEMITTEILUNG

20. Juni 2007

Hauptstadtkulturvertrag verfassungswidrig?

Berlin. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der FDP-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus erklären die Kulturpolitiker Hans-Joachim Otto MdB, Christoph Waitz MdB und Christoph Meyer MdA:

Die FDP-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Land Berlin fordern die Bundesregierung und den Berliner Senat auf, die Finanzierung der Hauptstadtkultur in einem Staatsvertrag neu zu regeln.

Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist nach Artikel 22 Abs.1 Aufgabe des Bundes. Für die Ausgestaltung dieser Verpflichtung fordert das Grundgesetz ein Bundesgesetz. Der Hauptstadtkulturvertrag vom 9. Dezember 2003, der ebendiese „kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland“ konkretisiert, wurde jedoch lediglich als Verwaltungsvereinbarung vereinbart. Dieser Vertrag, der ohne jegliche Beteiligung der Parlamente zustande kam, soll die „aus der Hauptstadtfunktion Berlins abgeleitete Kulturfinanzierung des Bundes“ „abschließend regeln“. Zumindest dieser Anspruch des Hinterzimmerpapiers „Hauptstadtkulturvertrags“ dürfte mit dem Grundgesetz nicht (mehr) zu vereinbaren sein.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich ein Gesamtkonzept für eine systematische und transparente Kulturfinanzierung des Bundes vorzulegen und eindeutig zu definieren, was Hauptstadtkultur ist und was nicht.

Dabei ist auch eine Übernahme der Staatsoper Unter den Linden denkbar – wenn im Gegenzug der Bund bisher von ihm finanzierte, aber nicht zwingend in seinen Kompetenzbereich fallende Institutionen in die Obhut des Landes Berlin gibt. Eine Beteiligung des Bundes an der siechen Opernstiftung würde der klaren Verantwortungsteilung zuwiderlaufen und das finanzielle Elend der Opernstiftung nur verlängern. Die Hauptstadtkultur braucht klare Verhältnisse – und einen verfassungsgemäßen und parlamentarisch legitimierten Hauptstadtkulturvertrag.